



NEWSLETTER

In dieser Ausgabe:

Christian Schmidt wieder für den Bundestag nominiert

Konflikt im Nahen Osten - Dem Antisemitismus entgegentreten **3**

Kindesmissbrauch ab jetzt immer ein Verbrechen!

Für Klimaschutz begeistern statt wie die Grünen bestrafen **4**

Aufholpaket stärkt Kinder und Jugendliche

„Kräftige Unterstützung für besonders betroffene Branchen“ **5**

Töten männlicher Küken ab 2022 verboten

Allmächd, is des goud! **6**

Raitersaich/Buchschwabach als möglicher Standort für ICE-Werk nicht gut geeignet

Förderung von 704.000 Euro für Sanierung der Markgrafenhalle in Neustadt a.d. Aisch

IMPRESSUM

Hrsg.: Christian Schmidt MdB,
CSU im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 71630
Fax: 030 / 227 76962
E-Mail:
christian.schmidt@bundestag.de

Bild: Thomas Lothar (Seite 1)

Liebe Leserinnen und Leser,

die Angriffe der Hamas auf Israel mit inzwischen mehreren tausend Raketen verurteilen wir scharf. Hier haben wir eine klare Haltung: Wer angegriffen wird, hat das Recht, sich zu verteidigen. Dieses Recht zur Selbstverteidigung steht Israel selbstverständlich zu. Die Angriffe auf Israel haben inzwischen auch eine innenpolitische Dimension. Demonstrationen sind Ausdruck unserer freiheitlichen Grundordnung. Gegen Hass und Hetze gegen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger - unter dem Deckmantel der Kritik an Israel - müssen wir aktiv angehen. Antisemitismus dulden wir nicht und wir werden ihm mit der Härte des Rechtsstaats entgegentreten. Wo notwendig, werden wir den staatlichen Kampf gegen Antisemitismus verstärken.

Die Infektionszahlen gehen erfreulicherweise zurück. Das ist auch auf die Bundesnotbremse zurückzuführen, die klare Regelungen für ganz Deutschland geschaffen hat. Zugleich nimmt das Impfen immer mehr an Fahrt auf, wie wir es als Union stets kommuniziert haben. Daher ist es richtig, dass nun den Geimpften und Genesenen bundesweit ermöglicht wird, mehr Rechte wahrzunehmen. Auf dem weiteren Weg müssen wir und vor allem die Bundesländer - die bei Inzidenzen unter 100 verantwortlich sind - behutsam vorgehen. Weiterhin ist wichtig, dass die Bundesregierung die Entwicklung der indischen Variante wachsam verfolgt und ggf. entsprechend reagiert. Schließlich muss sie auch an einer reibungslosen Einführung des digitalen Impfpasses arbeiten, der neben das bisherige gelbe Impfbuch treten wird.

Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund!

Ihr Christian Schmidt MdB
Bundesminister a.D.

Wir erfüllen den Traum vom Eigenheim

Für immer mehr Menschen ist das Eigenheim nur ein Traum, statt Wirklichkeit zu werden. Problem: Bauland ist knapp. Insbesondere in den Ballungsräumen steigen die Grundstückspreise immer weiter. Gleichzeitig werden in den Städten Wohnungen an Investoren verkauft und die Mieter müssen eine neue Bleibe suchen. Das Baulandmobilisierungsgesetz, das der Bundestag in dieser Woche verabschiedet hat, hilft, beide Probleme zu lösen!

Gemeinden können künftig deutlich einfacher Bauland für Neubaugebiete ausweisen. Die bisherigen gesetzlichen Regelungen im Baugesetzbuch werden flexibilisiert. Und Kommunen kriegen ein Vorkaufsrecht für Baugrund. So kann dieser sozial gerecht an junge Familien und nicht nur an Gutverdiener verkauft werden

Gleichzeitig werden die Möglichkeiten, Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umzuwandeln, reduziert. Künftig braucht es in angespannten Wohnungsmärkten dafür eine gesetzliche Grundlage. Kein Mieter soll einfach so auf der Straße landen.

Nach 5 Milliarden Euro für Sozialwohnungen, über 330.000 Anträgen auf Baukindergeld und 300.000 neuen Wohnungen rundet das Baulandmobilisierungsgesetz die erfolgreiche Wohnungsbau der Bundesregierung ab.



Ausgabe 5 / 2021

Christian Schmidt wieder für den Bundestag nominiert CSU will „Pakt mit der Zukunft“ schließen

Der frühere Bundesminister Christian Schmidt wurde von der CSU erneut als Direktkandidat für den Deutschen Bundestag im Bundeswahlkreis Fürth nominiert. Er erhielt 116 von insgesamt 126 gültigen Stimmen. Landrat Matthias Dießl hatte Schmidt auch aufgrund der Beschlusslage aller beteiligten Kreisverbände zur erneuten Nominierung vorgeschlagen: „Er hat nicht nur immer ein offenes Ohr für alle Belange unsere Heimat, er trägt zudem Verantwortung im nationalen wie internationalen politischen Geschehen.“



CSU werde „die Aufgabenstellungen der Zukunft nicht mit Luftschlossern, sondern mit Vertrauen und vernünftigen Konzepten beantworten. Wer spürt, wie sich gegenwärtig die Welt verändert, der muss in diesem Land einen Pakt mit der Zukunft schließen“. Mit seiner Erfahrung und der Bereitschaft für Neues wolle er, wo auch immer, verantwortungsethisch, bodenständig und lösungsorientiert für verträgliche Lösungen arbeiten.“

Christian Schmidt mit viel Erfahrung gut vernetzt

Zum Bundeswahlkreis Fürth gehören die Stadt Fürth und die Landkreise Fürth und Neustadt a. d. Aisch – Bad Windsheim. Die Tagung der Delegierten fand pandemiebedingt im Freien im regenverhangenen Fürther Ronhof statt, was für Geschäftsführer Werner Stieglitz als eine „ungewohnte Besonderheit“ bezeichnet wurde. Weil unter diesen Umständen eine lebhaft Debatten kaum möglich war, hatte Schmidt zuvor im Rahmen einer Videokonferenz mit den Delegierten über Erfolge und Ziele diskutiert und den Anwesenden in einer Broschüre „Schlaglichter 2017 bis 2021“ Inhalte und Aufgaben dargestellt.

CSU will Herausforderungen mit vernünftigen Konzepten beantworten

Die CSU muss sich „immer wieder neu um das politische Grundvertrauen kümmern.“ Eines seiner Stichworte war der Klimaschutz, wobei man mit „einer immer weiter wachsenden Verordnungs- und Gesetzgebungssorgie zwar vieles reglementieren könne“, aber die mündigen Bürger nicht lediglich als Verordnungsempfänger sehen dürfe. Als eine der vielen Lehren



Fotos: CSU

aus der Pandemie nannte Schmidt den Nachholbedarf bei der Digitalisierung der Schulen, welchen die Bundesregierung unter dem Stichwort „Digitalpakt Schule“ mit fünf Milliarden Euro fördere.

Mit der Nominierung wollte er „einen politisch hochklassigen Wahlkampf“ ein-geleitet wissen, in welchem die CSU auch Enttäuschte zurückgewinnen wolle. Christian Schmidt zeigte sich diesbezüglich zusehends vorsichtiger, denn die

Der in Oberzenn geborene und seit vielen Jahren in Fürth wohnende Jurist Christian Schmidt betreut seit 1990 als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis, der zugleich großstädtisch wie ländlich geprägt ist. „Insofern versteht er sich auch als Mittler zwischen Stadt und Land mit all den unterschiedlichen Anforderungen und Interessen“, so der Fürther Landrat Matthias Dießl.

National wie international ist er in einer Vielzahl politischer Organisationen gut vernetzt, in der CSU als Präsidiumsmitglied und Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises sowie als Präsidiumsmitglied der Europäischen Volkspartei. Christian Schmidt hat umfassende Regierungserfahrung als Parlamentarischer Staatssekretär und Bundesminister. International wird ihm möglicherweise eine weitere Aufgabe als Friedensschlichter im Balkan angetragen.

Die CSU habe ein „ausgesprochen basisorientiertes vielstufiges Nominierungsverfahren“, so Christian Schmidt. Vor der eigentlichen Nominierung mussten nämlich alle Ortsverbände im Bundeswahlkreis in einem „Wahlmarathon“ spezielle Delegierte in die „besonderen Kreisvertreterversammlungen“ wählen, die wiederum erst die Delegierten in die eigentliche Aufstellungsversammlung bestimmen. Dieser folge die Landesdelegiertenversammlung, welche die Landesliste festlegt und für Ende Juni im Max-Morlock-Stadion in Nürnberg geplant ist. Als Delegierte dorthin wurden von der Nominierungsversammlung Bundestagsabgeordneter Christian Schmidt, die Landtagsabgeordneten Petra Guttenberger und Hans Herold sowie Landrat Matthias Dießl und die Kreistagsfraktionsvorsitzenden Renate Krach und Dieter Hummel gewählt. Als Vertrauenspersonen wurden Christoph Maier und Dr. Andrea Heilmayer aus Fürth benannt.





Ausgabe 5 / 2021

Konflikt im Nahen Osten - Dem Antisemitismus entgegentreten

In der aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages zur Situation in Israel und den palästinensischen Gebieten hat Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB betont, dass es jetzt wieder besonders notwendig ist, einen politischen Prozess zu gestalten.

Er erinnerte an den Oslo-Dialog in den frühen 90er Jahren, der die verfeindeten Seiten zu Schritten der Aussöhnung und Kooperation geführt hatte. Nach der Ermordung des israelischen Premierministers Jitzchak Rabin im November 1995 ist dieser Prozess jedoch zunehmend zum Stillstand gekommen. Zu einem politischen Dialog gibt es auf Dauer aber keine friedliche Alternative. Das Ziel muss nach wie vor eine gerechte Lösung mit einem Staat Israel und einem von den Palästinensern selbstbestimmt regierten Gebiet sein. Es ist daher entscheidend, die Palästinenser von Anfang an am Dialog zu beteiligen. Die Maßnahmen der US-Regierung unter Donald Trump wie die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem oder die Präsentation eines Friedensplans, der nicht mit den Palästinensern abgestimmt war, sind in dieser Hinsicht kontraproduktiv gewesen. Mit der neuen Administration in Washington ist nun die Möglichkeit gegeben, konstruktiv und gemeinsam mit den arabischen Nachbarstaaten auf beide Seiten zuzugehen. Europa muss hier aber mehr sein als nur ein interessierter Beobachter. Wenn die Europäische Union auf der internationalen Bühne ernstgenommen werden will, muss sie auch den Willen haben, in ihrer Nachbarschaft aktiv Politik zu gestalten. Sicherlich ist es schwierig, wenn wie jetzt durch das Ausscheren Ungarns im Rat keine Einigkeit hergestellt werden kann. Umso mehr sind die größeren Nationalstaaten wie Frankreich und Deutschland aber auch der Hohe Vertreter für die europäische Außenpolitik gefordert, die Initiative zu ergreifen.

Abgesehen von der außenpolitischen Gemengelage, muss eins aber auch klar sein: der Hetze gegen Israel und Juden allgemein müssen wir entschieden entgegentreten. Die zahlreichen Demonstrationen, die oft vor Synagogen stattfanden und bei

denen antisemitische Parolen skandiert worden, sind beschämend. Hier müssen auch die Strafverfolgungsbehörden hart durchgreifen.



Auf dem Nürnberger Kornmarkt vergangenen Sonntag ein klares Zeichen gegen Antisemitismus gesetzt.

Wir sagen:
„NEIN zu
Judenhass!“



Fotos: Privat

Kindesmissbrauch ab jetzt immer ein Verbrechen!

Wir haben uns durchgesetzt, Kindesmissbrauch ist ab jetzt immer ein Verbrechen.

Konkret heißt das: Wer Kinder sexuell misshandelt oder Bilder und Filme mit entsprechenden Inhalten beschafft, verbreitet oder auch nur besitzt, soll künftig grundsätzlich mit einer Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis bestraft werden. Damit werden diese Taten zum Verbrechen hochgestuft.

Und wir haben uns ebenfalls durchgesetzt, dass der lebenslange Eintrag ins Führungszeugnis kommt, sodass Kinderschänder ehrenamtlich oder beruflich nie wieder Kontakt mit Kindern haben können. Wir gehen den Weg für mehr Kinderschutz noch weiter.

Nächstes Projekt: Das Verbreiten von Missbrauchsanleitungen



© pixplosion /PIXELIO

unter Strafe stellen. Erst auf unser massives Drängen hat Bundesjustizministerin Lambrecht jetzt einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt.

„Es kursieren vor allem im Darknet Missbrauchsanleitungen, die in widerwärtiger Weise Tipps geben, wie man Kinder sexuell missbraucht und wie man dieses Verbrechen verschleierte“, erläutert unser Rechtsexperte Alexander Hoffmann. „Dass dies bislang meistens straffrei blieb, ist weder erklär- noch hinnehmbar! Deshalb haben wir so lange Druck auf das Justizministerium und die SPD gemacht, bis diese Gesetzeslücke nun endlich geschlossen wird!“



Ausgabe 5 / 2021

#CSU

im Bundestag

LIEFERT

Für Klimaschutz begeistern statt wie die Grünen bestrafen

#CSU

im Bundestag

LIEFERT



© Petra Bork / PIXELIO

Deutschland drückt beim Klimaschutz aufs Tempo. Diese Woche hat die Koalition die Novelle des Bundesklimaschutzgesetzes auf den Weg gebracht: Bis 2030 soll Deutschland 65 Prozent CO₂ im Vergleich zu 1990 ausstoßen und bis zum Jahr 2045 wollen wir in Deutschland klimaneutral sein. Das ist ein Turbo für den Klimaschutz!

Wir setzen auf Innovation und Ambition, die Grünen auf Ideologie und Verbote. Wir wollen für Klimaschutz begeistern, die Grünen wollen bestrafen.

Wir verbinden die vermeintlichen Gegensätze Wirtschaft und Klima und spielen sie nicht gegeneinander aus.

Wir setzen dabei auf einen Kurs, der alle mitnimmt und nicht immer wieder Gegensätze konstruiert. An der CO₂-Bepreisung kann man beispielsweise sehen, dass die Verteuerung von Benzin, Diesel und auch Heizöl zu Entlastungen auf der anderen Seite beim Strom führt.

Wir wollen bei der CO₂-Bepreisung 100 Prozent an den Verbraucher über die Strompreisreduzierung zurückgeben. Es geht um Umsteuern und nicht um Mehrbelastung.

Die CSU im Bundestag verfolgt beim Klimaschutz zudem einen globalen Ansatz, der nicht nur auf nationale Maßnahmen setzt - auch das unterscheidet uns. Die Grünen glauben, Deutschland könne allein den Klimawandel bekämpfen, wenn man nur mit maximaler Härte CO₂ einspart.

Wir wollen in Deutschland beim Klimaschutz ambitioniert vorangehen, aber auch international Verantwortung übernehmen und die enormen Einsparpotenziale in Drittländern realisieren helfen

Aufholpaket stärkt Kinder und Jugendliche

Das Bundeskabinett hat das „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche für die Jahre 2021 und 2022 - 2 Mrd. Euro“ beschlossen. Dazu erklärt Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB:

„Kinder und Jugendliche kommen in der Pandemie oft zu kurz: Ob Schule, Sport, Musik, Klassenfahrten, Freizeitangebote – vieles konnte in den letzten Monaten nicht oder nur eingeschränkt stattfinden. Das hinterlässt Spuren bei jungen Menschen und ihren Familien: Lernrückstände, Bildungslücken, aber auch soziale, psychische und gesundheitliche Folgen.

Kinder haben die Chance auf eine erfolgreiche Zukunft verdient. Damit junge Menschen ihre Ziele trotz aller Belastungen erreichen und nicht aus der Bahn geworfen werden, startet der Bund das ‚Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche‘ mit einer Fördersumme von insgesamt 2 Milliarden Euro für dieses und das kommende Jahr.

Das Ziel des Aktionsprogramms lautet: Kinder und ihre Familien müssen nach der Pandemie wieder auf die Beine kommen. Die Corona-Krise darf für sie nicht zu einer dauerhaften Krise werden. Lernrückstände müssen aufgeholt, frühkindliche Bildung intensiver gefördert, Ferienfreizeiten und außerschulische Angebote ausgebaut und die Jungen in Alltag und Schule unterstützt werden.

Vielen Kindern, deren Eltern und Lehrern geht verständlicherweise die Luft aus mit den nicht immer sofort nachvollziehbaren Regelungen. Eltern und Lehrer haben trotz vieler Unklarheiten und auf den ersten Blick

oft unverständlicher Regelungen meist pragmatisch auf die Situation reagiert. Ich erwarte von Schulbehörden etc. nun, dass sie bei den Betroffenen, die sicher durchwachsenen Erfahrungen abfragen und Verbesserungsvorschläge einsammeln.

Der Bund gibt 1 Milliarde Euro für zusätzliche Förderangebote, mit denen verpasster Schulstoff aufgeholt werden kann. Weitere 150 Millionen Euro fließen in die wichtige frühkindliche Bildung: Bundesweit werden davon unter anderem 1.000 zusätzliche Sprach-Kitas profitieren.

530 Millionen Euro gibt es unter anderem für die Jugendarbeit im Sport, Ausflüge, Ferienfreizeiten, außerschulische Angebote und Mehrgenerationenhäuser. Auch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt erhält eine zusätzliche Förderung. Denn das freiwillige Engagement für Kinder und Jugendliche in Vereinen, Initiativen und anderen ehrenamtlichen Strukturen ist jetzt besonders wichtig.

Als CDU/CSU haben wir uns in den Verhandlungen erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Vereine vor Ort mehr Geld bekommen.

Kindern aus bedürftigen Familien greifen wir gezielt mit einem Kinderfreizeitbonus von je 100 Euro für Freizeitangebote unter die Arme. Der Bund macht außerdem mit 330 Millionen Euro den Weg frei für mehr Mentoren bei der Lernförderung, zusätzliche Sozialarbeit und Freiwilligendienstleistende in Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.



© Katharina Rothe / PIXELIO



Ausgabe 5 / 2021

Christian Schmidt MdB: „Kräftige Unterstützung für besonders betroffene Branchen“



„Man beginnt zu sehen, dass die „Bundesnotbremse“, die wir im April in Berlin beschlossen haben, langsam zu wirken beginnt. Jetzt müssen wir bei aller Vermeidung von Rückschlägen aber klar und deutlich einen Plan für die Zeit danach schaffen! Wir brauchen neben einer Inzidenzbasierten Öffnungsstrategie in den kommenden Wochen auch eine kräftige kreative und förderliche Unterstützung für die besonders betroffenen Branchen“, betont Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB. Auch in unserer Region Fürth/Neustadt-Aisch zeige

sich ein sehr unterschiedliches Bild der Betroffenheit durch die Corona Pandemie. „Allerdings sind im Gegensatz zu einigen Branchen, vor allem im produzierenden Gewerbe, die doch relativ anständig über die Runden kommen, insbesondere der Einzelhandel, Gastronomie, Messebau, Kultur und manch andere existenziell bedroht. Deswegen trete ich auch unter dem Eindruck vieler Gespräche mit Vertretern dieser Branchen dafür ein, dass wir folgende Wege gehen:

Es ist nachvollziehbar, dass sich der stationäre Fachhandel gegenüber den privilegierten Supermärkten mit Lebensmittel- und eben auch Nicht-Lebensmittel-sortiment zurückgesetzt fühlt. Es sollte verstärkt überprüft und sichergestellt werden, dass sich nicht doch in manchen privilegierten Geschäften, d.h. Supermärkten und den großen Ketten des Lebensmitteleinzelhandels, eine schleichende Ausbreitung des Sortiments ergibt,

die gerade darauf abzielt, von dem sogenannten stationären Einzelhandel, insbesondere in unseren kleinen und größeren Orten, die Kaufkraft noch mehr abzuziehen.

Hier müssen wir die Strategie schärfen. Da ist auch die Fairness des Handels untereinander sehr gefordert. So sollte auch bei Inzidenzen über 100 für Geimpfte ein Zugang ohne Testung zu Fachgeschäften auch ohne Anmeldung möglich sein und grundsätzlich für andere mit Testung „click and meet“ ermöglicht werden. Bei der Impfung sollten Inhaber und Personal dieser Fachgeschäfte jetzt genauso wie Personal im Lebensmitteleinzelhandel priorisiert werden. Die AHA-Regeln müssen natürlich trotzdem eingehalten werden.

Wir haben zudem ein großes Interesse daran, dass auch nach dem Ende der Pandemie der Handel eine Chance hat. Ohne Geschäfte insbesondere in den Innenstädten geht auch Lebensqualität verloren. Deswegen müssen wir mit kräftiger Unterstützung unter die Arme greifen, neuen Ideen Platz geben und erfreuliche Selbsthilfeinitiativen des Handels, wie es sie in Fürth oder Neustadt/Aisch schon gibt, unterstützen. Das muss die Städtebau- und Mittelstandsförderung leisten. Eine Förderung kombinierter Geschäftsmodelle von Kauf und Beratung vor Ort und Bestellung und Lieferung gehört dazu.

Lieferungen durch internationale Versandkonzerne sind in Ordnung, aber nicht als Monopol – und langsam kommen wir leider dahin. Päckchen finanzieren keine Päckchen, sondern Menschen durch Handel und Wandel. Deswegen müssen wir auf den Tisch bringen, wie diejenigen Handelsunternehmen, die von der Pandemie wirtschaftlich sehr profitieren, auch einen Beitrag zur Erhaltung des stationären Angebots für den Handel zu verlangen. Für Gastronomie und Kultur bedarf es ähnlicher Konzepte.

Ich will meinerseits sehr zeitnah in Werkstattgesprächen mit Betroffenen meinen Beitrag zur Umsetzung leisten.“

Töten männlicher Küken ab 2022 verboten

„Ich begrüße es sehr, dass ab Anfang 2022 das Töten männlicher Küken in der Legehennenzucht verboten wird“, betont der frühere Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt MdB. Ein entsprechendes Gesetz hatte der Deutsche Bundestag gestern beschlossen.

„In meiner Zeit als Bundeslandwirtschaftsminister habe ich mich massiv für ein Ende des Kükentötens eingesetzt, denn es ist sowohl aus tierschutz- als auch aus ethischer Sicht unerträglich, dass jedes Jahr Millionen männliche Küken getötet werden, nur weil sie das falsche Geschlecht haben. Um dies schnellstmöglich zu beenden, haben wir schon damals auf ein neues



© Timo Klostermeier / PIXELIO

Verfahren zur Geschlechterbestimmung im Ei gesetzt. Damit schaffen wir eine Perspektive für unsere Brütereien bei uns in Deutschland.“

Mit dieser gesetzlichen Regelung werden nun gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Brütereien hergestellt und eine Handhabe für die behördliche Durchsetzung geschaffen.

„Ich freue mich sehr, dass Deutschland mit diesem Gesetzesentwurf als erster Staat das Töten von männlichen Eintagsküken beendet und damit ein starkes Signal für Tierschutz setzt“, so Schmidt.



Ausgabe 5 / 2021

Allmächd, is des goud!



Die beiden Koch- und Backbücher „Das Knoblauchsland kocht“ und das „Knoblauchsland backt“ wurden im Mai der Öffentlichkeit vorgestellt. Darin viele leckere Rezepte vom Aperitif bis zu Kuchen und Desserts. „Die Herausgeberinnen des Foto-

Kalenders „Reife Früchte-Frechtes Gemüse“ haben wieder ganze Arbeit geleistet und viele leckere Rezepte gesammelt. Danke an Ines Schindler, Claudia Güttler und allen Beteiligten“, betonte Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB. „Ich freue mich, dass auch ich mich mit einem Rezept „Lamm-koteletts mit Pfannenbrot und Birnenchutney“ beteiligen konnte.“

Der Reinerlös kommt der Fürther Tafel e.V. zugute. „Eine tolle Sache“, findet Schmidt. Die Verkaufsstellen findet man unter www.knoblauchsland-kalender.de



Raitersaich/Buchschwabach als möglicher Standort für ICE-Werk nicht geeignet

Der Ausbau des Schienenfernverkehrs in Deutschland ist für Nachhaltigkeit und Klimaschutz elementar. Mehr ICEs im Deutschlandtakt werden mehr Verkehr von Straße und Luft weg hin zur umweltfreundlichen Schiene bringen. Deswegen ist es auch grundsätzlich notwendig, die stark auszubauende ICE-Flotte einsatznah warten und reparieren zu können. Deswegen braucht die Deutsche Bahn auch entsprechende Betriebe.

„Allerdings müssen solche Großprojekte gut eingepasst werden. Deswegen hat mich die Benennung von Roßtal-Raitersaich als einen möglichen Standort überrascht. Ich sehe Raitersaich (wie auch die ebenfalls benannten möglichen Standorte Münchlerbach und Heilsbronn in Nachbarschaft von Roßtal) für ungeeignet“, betont Bundesverkehrsminister a.D. Christian Schmidt MdB. „Ich habe Verständnis für die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort und bin bereits seit letzter Woche im Gespräch mit Landrat Matthias Dießl, Bürgermeister Rainer Gegner und der 2. Bürgermeisterin Stefanie Rietzke.“

„Was Raitersaich betrifft, so muss man hier insbesondere auch die Belastungen durch das Umspannwerk und den geplanten Ausbau der Juraleitung nicht vergessen. Gerade war ja die Verlegung des Umspannwerks in intensiven Gesprächen mit Tenet weiter weg vom Ort erreicht worden“, so Schmidt weiter. „Es gibt so etwas wie eine Belastungsobergrenze für Orte und Regionen.“

„Zudem würde eine Wartung der ICEs weit auf der Ansbacher Schienenstrecke und damit relativ weit weg vom Einsatzbahnhof Nürnberg optimale Betriebsabläufe nicht möglich machen. Deshalb sehe ich eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass in der weiteren Planung Raitersaich (und die Nachbargemeinden) in die endgültige Planung nicht aufgenommen werden. Ich begrüße das Bemühen der DB AG, eine vertrauensvolle Kommunikation mit dem Markt Roßtal und dem Landkreis Fürth zu pflegen und stehe zur Unterstützung zur jederzeit zur Verfügung.“

Förderung von 704.000 Euro für Sanierung der Markgrafenhalle in Neustadt a.d. Aisch

„Ich freue mich sehr darüber, dass es der Regierungskoalition gelungen ist, hier einen großen finanziellen Beitrag zur Sanierung der Markgrafenhalle zu leisten“, sagt Bundesminister a.D. Christian Schmidt, MdB, „die so mögliche Sanierung steigert die Attraktivität der Halle deutlich und macht sie zu einem Anziehungspunkt weit über die Grenzen Neustadts hinaus.“

Die Förderung erfolgt im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Insgesamt wurde in der Sitzung des Haushaltsausschusses am



gestrigen Dienstag, den 04. Mai 2021, über 200 Projekten in den Städten und Gemeinden eine Förderung ermöglicht. Die Summe der Projekte beläuft sich auf insgesamt 400 Millionen Euro. „Die Mittel zeigen: Wir lassen unsere Kommunen mit ihren kulturellen Angeboten in der Krise nicht allein“

„Die Mittel aus dem Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket 2020, von denen jetzt auch die Markgrafenhalle in Neustadt an der Aisch profitiert, zeigen deutlich: Wir lassen unsere Kommunen mit ihren kulturellen Angeboten in der Krise nicht allein. Diese werden nach Corona wichtiger sein denn je“, so Schmidt.

Foto: Schlagenhaft